

Antrag

Initiator*innen: Erweiterter Landesvorstand (dort beschlossen am: 09.09.2025)

Titel: Änderungsantrag: Bayerische Wärmewende jetzt!

Antragstext

1. Die BUNDjugend Bayern fordert die Bayerische Staatsregierung dazu auf, größere Anstrengungen im Bereich der Wärmeerzeugung in Erneuerbaren Energien zu unternehmen und den Einsatz klimafreundlicher Technologien massiv auszubauen. Nur so kann die notwendige Klimaneutralität bis 2035 zumindest im Wärmesektor überhaupt erreicht werden.

2. Wärmepumpe als zentraler Bestandteil der Wärmestrategie

Wir fordern die Bayerische Staatsregierung dazu auf, anzuerkennen dass die Wärmepumpe eine zentrale Technologie zur Dekarbonisierung des Heizungssektors in Bayern und diese stärker zu fördern. Gerade im Wohnungsbereich wird der Wärmepumpe in zahlreichen wissenschaftlichen Analysen eine Schlüsselrolle zugeschrieben, da sie in der Lage ist durch die Nutzung erneuerbarer Stromquellen die Emissionen effektiv zu reduzieren und so den Heizsektor langfristig klimafreundlich zu gestalten.

In dicht bebauten Stadtquartieren stoßen sie jedoch an Grenzen, insbesondere bei unsanierten Altbauten oder bei längeren Kälteperioden. Aber auch dort können zentrale Großwärmepumpen mit Umweltwärmequellen wie Flüssen, Grundwasser oder Geothermie eine tragende Rolle übernehmen.

3. Biomasse und Holz als begrenzte Ressourcen

Heizen mit Holz ist entgegen der weit verbreiteten Meinung nicht klimaneutral. Bei der Holzverbrennung entstehen neben Feinstaubemissionen auch CO₂ und andere

klimarelevante Emissionen wie Methan. Außerdem wächst in den Wäldern in Deutschland nicht genug an Holzbiomasse nach, um auch noch den vermehrten Holzeinschlag für die Energieholzproduktion auszugleichen. Holz sollte für eine nachhaltige Verwendung zunächst in langlebigen Holzprodukten und anschließend in einer kaskadenartigen Nutzung immer weiter genutzt werden. Die Verbrennung von Holz führt zwangsläufig zu Emissionen und sollte maximal bei Restholzverwertung in Betracht gezogen werden. Die Bayerische Staatsregierung muss in Zukunft die Nutzung von Holz zur Wärmeerzeugung kritisch hinterfragen. Dabei darf der Anteil dieser Ressourcen im Wärmesektor langfristig nur begrenzt ausgebaut werden, um den natürlichen Kreislauf der Wälder zu schützen und die CO₂-Bilanz zu verbessern. Intakte Wälder könnten deutlich positiver zur Klimabilanz Bayerns beitragen.

4. Wasserstoff nur für technisch schwer elektrifizierbare Anwendungen

Wasserstoff kann nicht flächendeckend als Heizmittel für die Bevölkerung gefördert werden. Stattdessen darf Wasserstoff vorrangig nur in technisch schwer elektrifizierbaren Bereichen wie in der Industrie oder dem Schwerlastverkehr zum Einsatz kommen. Selbst eine Energiesystemanalyse, welche im Auftrag des bayerischen Wirtschaftsministeriums erstellt wurde, kommt zu dem Schluss, dass der Anteil von Wasserstoff in Gebäudeheizungen bei maximalem Einsatz etwa 4 % erreichen wird. Wahrscheinlicher ist, dass in Zukunft nur etwa 0,5% der Heizenergie für Gebäude aus Wasserstoff gewonnen wird.

Daraus folgt, dass Wasserstoff nicht die primäre Lösung für den Gebäudebereich sein kann. Wasserstoff sollte nur bei Anwendungen zum Einsatz kommen, bei denen keine andere klimafreundliche Alternative realistisch ist.

5. Geothermie als wichtige Wärmeressource stärken

Geothermie bietet ein erhebliches Potenzial für die klimafreundliche Wärmeversorgung in Bayern, insbesondere im Süden. Innerhalb von Nah- und Fernwärmenetzen kann durch Geothermie eine klimaneutrale Wärmeversorgung für viele Haushalte bereitgestellt werden. Theoretisch könnten damit bis zu 40 % des Wärmebedarfs gedeckt werden. Die BUNDjugend Bayern fordert, dass der Ausbau der Geothermie stärker gefördert wird und gezielte finanzielle Anreize für Kommunen und Energieversorger geschaffen werden, um einen nachhaltigen Ausbau dieser Wärmequelle sicherzustellen.

6. Klarer Ausstieg aus fossilen Heiztechnologien

Die Bayerische Staatsregierung muss einen verbindlichen Plan für den Ausstieg aus fossilen Heiztechnologien vorlegen und im Anschluss die Kommunen bei der Umsetzung unterstützen. Dabei muss die Staatsregierung auch auf die

Kommunikation gegenüber den Bürger*innen achten. Die gezielte Desinformation, die im Rahmen der Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz verbreitet wurden, haben viele Bürger*innen verunsichert. Diese Verunsicherung führt zu doppelt negativen Entscheidungen für die Gesellschaft. So werden weiterhin fossile Heizungen eingebaut, die Klimagase ausstoßen und Verbraucher*innen in eine fossile Kostenfalle führen.

14 **7. Fernwärmenetze**

15 *In städtischen Gebieten sollen bestehende Wärmenetze geprüft und – wo sinnvoll – ausgebaut oder erneuert werden, dabei muss aber für eine möglichst hohe Wärmeversorgung aus erneuerbaren Quellen gesorgt werden, beispielsweise unter Nutzung von Großwärmepumpen, Geothermie sowie weiterer Technologien.*

16 **8. Miteinbeziehung von zukünftiger Kälteversorgung**

17 *Bei der Planung von Nah- und Fernwärmenetzen soll auch die künftige Möglichkeit zur Kälteversorgung mitgedacht werden, um die Kommunen besser an die Folgen des Klimawandels anzupassen.*

Begründung

Der bayerische Wärmesektor trägt wesentlich zu den gesamten CO₂-Emissionen im Freistaat bei und muss daher konsequent auf klimaneutrale Technologien umgestellt werden. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die Wärmepumpe, Geothermie und gezielte, sparsame Biomassenutzung essenzielle Bausteine einer nachhaltigen Wärmeversorgung sind. Ein geplanter Ausstieg aus fossilen Heizungen ist notwendig, um den CO₂-Fußabdruck nachhaltig zu senken und Bayern zur Klimaneutralität zu führen.

Mit Blick auf die Klimaanpassung bietet der Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen einen weiteren entscheidenden Vorteil: Dieselben Netze können auch zur Kälteversorgung genutzt werden.

- *So können Innenstädte im Sommer aktiv gekühlt und gleichzeitig die städtische Überhitzung reduziert werden.*
- *Zusätzlich eröffnet sich die Möglichkeit, überschüssige Wärme saisonal zu speichern und im Winter nutzbar zu machen.*
Dezentrale Systeme wie Luft-Luft-Wärmepumpen bergen dagegen die Gefahr, die Überhitzung der Städte im Sommer noch zu verstärken.